

Kriegsökonomie Afghanistan

Thomas Ruttig

Mehr als 40 Jahre Krieg haben eine parasitäre Profiteursschicht und Massenarmut geschaffen

»Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?« Brechts Zitat auf den über 40 Jahre währenden Krieg in Afghanistan angewandt, könnte lauten: Was ist die Handhabung von Waffen gegen deren Herstellung? Afghanistans Kriegsökonomie in ihrer internationalen Dimension besteht vor allem aus der Rüstungsindustrie und dem relativ neuen Sektor der Sicherheitsdienstleister. In ihrer afghanischen Dimension geht es nicht nur um die Anwendung von Waffen zur Durchsetzung bestimmter Kriegs- oder politischer Ziele, sondern auch um die Bestreitung des Lebensunterhalts in einer vom Krieg ausgepöhlten Wirtschaft.

Der militärisch-industrielle Komplex

Das Costs-of-War-Projekt der Brown University im Staat Rhode Island beziffert die gesamten Kriegsausgaben für die USA von der Intervention gegen die Taliban im Jahr 2001 bis zum Truppenabzug im August 2021 auf 2.313.000.000.000 (2,313 Billionen) US-Dollar. Davon entfielen 145 Milliarden auf »Versuche, Afghanistan wieder aufzubauen«, wie es der zuständige US-Sonderinspekteur (SIGAR) 2021 in einem Resümee-Papier vorsichtig formulierte, also auf das, was gemeinhin als »Entwicklungshilfe« bezeichnet wird. Das sind ganze sechs Prozent davon. Wiederum nur 55 Milliarden entfielen auf den zivilen Bereich; 90 flossen also in die afghanischen Streitkräfte.

Der internationale Aspekt des Kriegsgewinnlertums aus den Afghanistan-Kriegen ist bisher nur in Ansätzen beleuchtet worden. Das Costs-of-War-Projekt errechnete, dass sich der Wert der Aktien der fünf größten US-Rüstungsfirmen seit Beginn der »Kriege gegen den Terror« verzehnfacht hat. Seit 2001 erhielten sie Pentagon-Aufträge im Wert von 2,2 Billionen US-Dollar. Wie viele der so produzierten US-Waffen in Afghanistan eingesetzt wurden, ist unklar. Der Löwenanteil der US-Rüstungsausgaben für die Kriege gegen den Terror ging in den vergangenen 20 Jahren aber an das eigene Militär. Die afghanischen Streitkräfte erhielten einen vergleichsweise kleinen Teil.

Ein neuer Bericht des Projekts legt offen, dass Sicherheitsdienstleister vom US-Verteidigungsministerium seit 2001 insgesamt 108 Mrd. US-Dollar für Aufträge in Afghanistan erhielten. Mehr als ein Drittel davon (37 Mrd.) gingen an Auftragnehmer, deren Identität geheim gehalten wird.

»Verschwendung, Betrug und Missbrauch«

Laut SIGAR fielen fast 30 Prozent der US-Ausgaben für Afghanistan zwischen 2009 und 2019 »Verschwendung, Betrug und Missbrauch« – also Korruption – zum Opfer. Ein Großteil davon steckten sich die afghanischen Verbündeten des Westens in die Tasche. Einer der größten Brocken dabei war das Geschäft mit der Versorgung der NATO-Truppen, das vom US-Militär einem Konsortium aus sieben teilweise afghanischen Firmen übertragen wurde. Laut eines »Warlord Inc.« betitelten Berichts des US-Kongresses von 2010 floss ein Großteil des 2-Mrd.-Dollar-Geschäfts als Schutzgelder an afghanische Warlords (die zum Teil die vom Konsortium subkontraktierten afghanischen Transportfirmen kontrollierten), korrupte Polizisten und die Taliban.

Von der sogenannten Entwicklungshilfe blieb das meiste nicht in Afghanistan, oder kam gar nicht erst dort an. Laut einem Bericht der Weltbank lag der »einheimische Wirtschaftsanteil« der aggregierten Hilfsflüsse im Jahr 2014 bei lediglich 14 bis 25 Prozent. Sarkastisch gesagt, ist das eher Selbsthilfe für die Geberländer. Auch hier besteht mangels aktuellerer Zahlen deutlicher Forschungsbedarf.

Entwicklungsgelder militärisch instrumentalisiert

Allein bis 2009 wurden 17 Mrd. US-Dollar Entwicklungsgelder durch die internationalen Truppen in Afghanistan vergeben, damals 65 Prozent der Gesamtsumme. Damit wurde z. B. versucht, die Loyalität lokaler power broker oder örtlicher Gemeinschaften zu kaufen, zumeist in Taliban-beeinflussten Gebieten. Sie kamen also vor allem militär-politischen

und nicht Entwicklungszwecken zugute. Man kann davon ausgehen, dass große Teile des von der Weltbank als »einheimischer Wirtschaftsanteil« bezeichneten Teils der externen Entwicklungszahlungen (20 bis 36,25 Mrd. US-Dollar) in korrupte Kanäle flossen.

Afghanische Konfliktparteien erhoben zudem »Steuern« auf fast alle Wirtschafts- und Handelstätigkeiten – die Taliban »offiziell« und Polizisten, Soldaten und Milizen der Regierung für die eigene Tasche.

Es gab Geistersoldaten, -polizisten, -lehrer und -schulen, die in den Erfolgstatistiken auftauchten, aber nicht wirklich existierten. Die dafür überwiesenen Entwicklungsgelder teilten korrupte Beamte und Machthaber auf lokaler wie nationaler Ebene unter sich auf.

Dieselben Warlords, die mit den NATO-Truppen gegen die Taliban kämpften, und ihre Firmen, die den Nachschub für sie transportierten, schafften auch die Ernte der explodierenden Drogenwirtschaft aus dem Land. Deutsche Diplomaten und Bundeswehr pflegten trotz Wissens um deren Verstrickung in den Drogenhandel intensive Beziehungen mit einigen der Warlords, z. B. in ihrem damaligen Hauptstationierungsort Kundus.

Korruptionsprofite in politische Immunität investiert

Warlords und Politiker-Newcomer wie Hamid Karsai reinvestierten ihre Korruptionsgewinne zunächst in die legitime Wirtschaft, neben dem Bau- und Transportwesen für das NATO-Militär in den Import/Export-Sektor, Immobilien, das Bankwesen und den Bergbau und verwandelten sie schließlich in politisches Kapital. Sie stellten Milizen auf, um Wähler einzuschüchtern, oder kauften sie gleich, ließen Wahlergebnisse manipulieren und sicherten sich einflussreiche Posten in Regierung, Parlament und Verwaltung. Korrupte Geschäftsleute kauften Parlamentsitze, um politische Immunität zu erlangen, und Regierung und Opposition Stimmen, um wichtige Abstimmungen zu gewinnen. Im letzten, 2018 gewählten Parlament saßen fast nur noch Geschäftsleute ohne politisches Programm.

Die aus der Kriegswirtschaft erwachsenen systemische Korruption ist einer der Hauptgründe für den Systemzusammenbruch im August 2021. Die Folge ist laut UNO die »am schnellsten wachsende humanitäre Katastrophe weltweit«. Die Hälfte der Bevölkerung stehe kurz vor einer Hungerkatastrophe. Dafür ist auch die von Washington inszenierte Einstellung der langfristigen Entwicklungszahlungen verantwortlich. Solche Zahlungen

deckten bis August 2021 etwa drei Viertel der afghanischen Staatsausgaben. Das ließ massenhaft Jobs in bisher regierungsgeführten Bereichen, wie dem Gesundheits- und Bildungswesen, sowie bei Nichtregierungsorganisationen verschwinden und die neu entstandene afghanische Mittelschicht fast völlig wegbrechen.

Remobilisierung der Demobilisierten

Zudem drängten die Taliban und die Angst vor ihnen überdurchschnittlich viele Frauen aus der Lohnarbeit. Laut UNO verzeichneten seit August 2021 acht von zehn Haushalten »drastische« Einkommensrückgänge. Die meisten ländlichen Haushalte werden wegen der schlimmsten Dürre seit 30 Jahren ihre Nahrungsmittelreserven deutlich vor dem Winter aufgebraucht haben.

Selbst viele ehemalige Kämpfer gehören zu den Verlierern. Bereits ein vom Westen finanziertes Programm nach dem Sieg über die Taliban 2001 scheiterte daran, dass nicht genügend Mittel zur Verfügung standen, um die Demobilisierten nachhaltig in die zivile Wirtschaft zu integrieren, und an massiver Korruption (»Geisterdemobilisierte«). Vor allem die Unterkommandeure wollten nicht wieder Bauern werden. Die Warlords konnten viele der Demobilisierten für ihren Milizen remobilisieren und ließen sich dafür sogar vom Staat bezuschussen. Der Westen akzeptierte das in seiner Not, der wieder stärker werdenden Taliban Herr werden zu wollen.

Diese Erfahrungen sind auch ein Grund dafür, dass die Taliban bisher ihre Zehntausende von Kämpfern nicht demobilisieren, sondern sie über »Polizeidienste« bei der Stange halten. Dadurch winkt ihnen zumindest sporadische Weiterbezahlung.

Erstveröffentlichung in Maldekstra # 16; eine Langfassung dieses Textes mit ausführlichen Quellen-Verlinkungen finden Sie auf www.rosalux.de

Thomas Ruttig betreibt seit vielen Jahren den Afghanistanblog <https://thrutrig.wordpress.com>. Er ist Mitbegründer des unabhängigen Think Tanks Afghanistan Analysts Network Kabul/Berlin, <https://www.afghanistan-analysts.org/en/>

Der Zuwanderungsbeauftragte zur Aufnahme aus Afghanistan

Der schleswig-holsteinische Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen begrüßt das im Landtag vorgebrachte Ansinnen der Regierungsparteien und des SSW, sich auf Bundesebene für die Aufnahme von akut bedrohten Menschen aus Afghanistan einzusetzen. Stefan Schmidt teilt den Wunsch, bedrohte Personen in der Größenordnung in Schleswig-Holstein aufzunehmen, die im Zuge der letztjährigen Evakuierungsmaßnahmen anvisiert worden war.

Anlässlich der heutigen Debatte im Schleswig-Holsteinischen Landtag lobt der Zuwanderungsbeauftragte, dass die Landesregierung an ihrem Wunsch festhält, besonders gefährdete Personen aus Afghanistan aufzunehmen: „Die Versäumnisse des Bundes vor der Machtübernahme durch die Taliban im vergangenen Jahr und noch während der Evakuierungsmaßnahmen machen eine Aufnahme heute sicherlich ungleich schwieriger. 2021 habe ich die Zusage, die die Landesregierung den Afghaninnen und Afghanen in Schleswig-Holstein gemacht hat, sehr gelobt. Ich glaube auch, dass sich in der Bereitschaft der Betroffenen, Namen und Aufenthaltsorte ihrer gefährdeten Familienangehörigen preiszugeben, ein immenses Vertrauen gegenüber den politischen Institutionen ihrer neuen Heimat ausgedrückt hat. Nach meinem Verständnis zeigt sich in dem fortgesetzten Engagement für diese Personengruppe gegenüber dem Bund, dass sich das Land an seine Zusage gebunden fühlt“, sagt Stefan Schmidt. <https://www.landtag.ltsh.de/beauftragte/fb>